
WARUM STADT UND KANTON ZÜRICH KOOPERIEREN MÜSSEN

Überlegungen und Ziele von Regierungsrat Markus Notter, Stadtpräsident Josef Estermann, Stadtrat Elmar Ledergerber und Kantonsrätin Dorothee Jaun.

Viele der anstehenden und wichtigen Problemstellungen können heute nicht mehr alleine gelöst werden. Die Frage der räumlichen Entwicklung zum Beispiel macht an der Gemeindegrenze nicht halt, ebensowenig wie die Frage, ob die Aufgaben der Polizei rein städtischer oder explizit kantonalen Natur sind.

Regierungsrat Markus Notter, Stadtpräsident Josef Estermann, Stadtrat Elmar Ledergerber und Kantonsrätin Dorothee Jaun schlagen folgendes vor:

- die Zusammenarbeit auf allen Ebenen ist von den Regierungsverantwortlichen zu fördern. Dazu gehört insbesondere die Vereinfachung der informellen Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene, damit komplizierte und langwierige Verfahren beschleunigt werden können.
- durch koordiniertes Handeln sollen herkömmliche Strukturen durchbrochen werden. Verwaltungstechnische (und auch rechtliche) Abläufe sollen auf ihre Funktionalität überprüft werden.
- Kooperative Verfahren bzw. Vorgehensweisen (wie z.T. bereits erfolgreich durchgeführt) sollen bei Grossprojekten eine gemeinsame Beurteilung ermöglichen und damit rascher zum Ziel führen.
- Durch eine Abstimmung der Strukturen werden erhebliche Synergiepotentiale freigestellt.

Das **6-Punkte-Programm** zeigt, wo Schwerpunkte gesetzt werden sollen und wie die Koordination zwischen dem Kanton und den Städten und Gemeinden vorangetrieben werden kann. Die Kooperation muss unabhängig von der regionalen oder politischen Herkunft verwirklicht werden - also auch über Parteigrenzen hinweg.

KOOPERATION VON STADT UND LAND ZUM WOHLERGANG ALLES

6 Punkte-Programm zur Zusammenarbeit von Stadt und Kanton Zürich

"Greater Zurich Area" ist eine Realität. Sowohl die wirtschaftliche als auch die räumliche Entwicklung der Region erfolgt unabhängig von den künstlich gewordenen politischen Grenzen der Gemeinden und der Stadt Zürich. Die politischen Strukturen des Kantons entsprechen dieser Tatsache in weiten Teilen nicht mehr. Damit die Region Zürich im europäischen Wettbewerb mithalten kann, ist kooperatives Handeln und gemeinsames Gestalten der Zukunft erforderlich, und es sind neue Formen der Zusammenarbeit zwischen dem Kanton, der Stadt Zürich und den angrenzenden Gemeinden zu entwickeln. Die Synergien, die durch solch kooperatives Handeln entstehen, können zu Einsparungen in Milliardenhöhe führen und eine Wirtschaftsentwicklung mit einem enormen Potential ermöglichen. Es wird in Zukunft nicht darum gehen, ob Stadt- oder Kantonsregierung mehr Macht haben werden, sondern darum, gemeinsam und erfolgreich die Zukunft der Region zu gestalten.

Koordiniertes Handeln durch verstärkte Zusammenarbeit zwischen Kanton, Städten und Gemeinden

Es braucht überkommunale und regionale Strukturen für die Lösung gemeinsamer Probleme. Dies hat längerfristig im Rahmen der Revision der Kantonsverfassung zu geschehen, es sind aber auch sofortige Massnahmen zu treffen durch koordiniertes Handeln in Fragen des Standortmarketing, der baulichen Entwicklung, der Entstehung neuer Dienstleistungszentren und deren Erschliessung, der Gestaltung der Erholungsräume und der Schaffung von Zentren für Sport und Kultur. Durch gemeinsames Handeln von Stadt, betroffenen Gemeinden und Kanton können Abläufe vereinfacht, Verfahren verkürzt und Synergien genutzt werden. Dies führt zu Kosteneinsparungen sowohl bei der öffentlichen Hand als auch bei der Wirtschaft.

Solide Infrastruktur für die Wirtschaft, für Wohnräume und für Freizeit und Sport durch eine gemeinsame Finanzpolitik

Die Region Zürich steht im Wettbewerb mit andern europäischen Regionen. Die Infrastruktur für eine leistungsfähige Wirtschaft, für attraktive Wohnräume und für Freizeit und Sport muss bereitgestellt werden. Dies ist eine Aufgabe, welche die auf historischen Gegebenheiten begründeten Gemeindegrenzen überschreitet. Der unterschiedliche Steuerbelastung und der "Steuerwettbewerb" zwischen der Stadt und den umliegenden Gemeinden/Städten trägt dieser Entwicklung nicht mehr Rechnung und ist überholt. Eine Neugestaltung des Finanzausgleichs drängt sich auf. Gleichzeitig sind die zahlreichen, im Laufe der Zeit entstandenen "Minisubventionen" und Ausgleichssysteme zwischen Gemeinden und Kanton, die einen grossen administrativen Aufwand verursachen, zu beseitigen.

Eine gemeinsame Verkehrspolitik unter Berücksichtigung neuester Verkehrstechnologien

Es ist für den Verkehr in und um Zürich ein gemeinsames Verkehrskonzept zu entwickeln. Dabei sind nicht nur die bestehenden, sondern auch die zukünftigen Verkehrstechnologien zu berücksichtigen, die in nächster Zeit realisiert werden, sowohl beim öffentlichen als auch beim privaten Verkehr. Eine optimale Anbindung des öffentlichen Verkehrs der ganzen Region an den Flughafen ist prioritär zu behandeln.

Ein Flughafen für alle, der die ökonomischen, sozialen und ökologischen Bedürfnisse berücksichtigt

Die Entwicklung des Flughafens Kloten ist ein gemeinsames Anliegen des Kantons, der betroffenen Städte und Gemeinden und der Wirtschaft. Nicht ein Gegeneinander ist gefordert, sondern es muss im gegenseitigen Dialog eine Lösung gefunden werden, die den Interessen der wirtschaftlichen Entwicklung der Region und den Anliegen der Bevölkerung Rechnung trägt.

Synergien und Einsparungen durch den Abbau von Doppelspurigkeiten in der Verwaltung

Die Verwaltungsstrukturen von Kanton und Stadt Zürich sind auf Doppelspurigkeiten zu überprüfen, und es sind Synergien zu nutzen. Ziel dieses Prozesses ist nicht die Übernahme der Aufgabe durch den einen oder anderen Träger, sondern eine sachgerechte Aufgabenteilung, welche lösungsorientiert erarbeitet werden muss. Dies gilt nicht nur für die Aufgabenteilung von Stadt und Kanton im Polizeibereich, sondern auch in Fragen der Planung, des Umweltschutzes, der Bewilligungen usw.

Eine gemeinsame Kulturpolitik

Die Kulturpolitik muss von den Städten und dem Kanton gemeinsam gestaltet werden. Gestaltung und Nutzung des Kasernenareals sind durch Kanton und Stadt Zürich gemeinsam zu planen, die Suche des Standortes für die Kantonspolizei, das Polizeigefängnis und die Untersuchungsrichterämter kann sich nicht nur auf kantonale Liegenschaften beschränken. Mutige Lösungen sind nur möglich, wenn auch innovative Denksätze zugelassen werden.